

| 2018_Parteienumfrage_BfG | | Salz | | |
|--------------------------|--|------|---|---|
| Nr | Fragen der Bürger für Gneis an die Stadtpolitik | J | N | Anmerkungen |
| 1. | Befürworten Sie, dass bei größeren Bauvorhaben generell vor einer wie immer gearteten Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen eine öffentliche, allgemeine städtebauliche Analyse erfolgt und daraus resultierende Maßnahmen (z.B. Infrastruktur) vor Festlegung der den Bauplatz betreffenden Rahmenbedingungen verbindlich beschlossen werden? | X | | Bürger für Salzburg ist aus demselben Grund entstanden wie Bürger für Gneis – Rehrplatz und Dossenweg sind „Überrumpelungs-Geschwister“ Vorteil bei Euch: Noch im Anfangsstadium! |
| 2. | Unterstützen Sie unseren Vorschlag, dass für alle größeren „Baulandreserven“ der Stadt in einem offenen Bürgerinnen-Beteiligungsprozess im jeweiligen Stadtteil ein städtebauliches Gesamtkonzept erarbeitet werden soll? | X | | Wir brauchen eine Stadtplanung die diesen Namen auch verdient!!! |
| 3. | Befürworten Sie, dass erst nach Vorlage eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes daraus resultierende städtebauliche Rahmenbedingungen wie z.B. GFZ, Anzahl der Geschoße, Traufenhöhe etc. ebenfalls in einem offenen Verfahren festgelegt werden dürfen? | X | | Nur ein zweistufiges Verfahren mit VORHER durchgeführten Analyse unter Einbeziehung der Bevölkerung ist zielführend! |
| 4. | Befürworten Sie, dass vor weiteren Baumaßnahmen in Baulandreserven der tatsächliche Wohnungsbedarf (qualitativ und quantitativ) nachvollziehbar erhoben wird und die Resultate öffentlich zugänglich gemacht werden. Die aktuell bekannten Parameter sind überarbeitungswürdig. | X | | Unsere Stadt-Bevölkerung wächst seit Jahrzehnten nicht mehr. Den 4.500 Wohnungssuchenden stehen Leerstände in gleicher Anzahl gegenüber. Woher Bedarf??? |
| 5. | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die offensichtliche Verschwendung von Bauland beendet wird (Stichwort Diskonter-Flachbauten mit riesigen oberirdischen Parkplätzen) bzw. dass nach entsprechender Analyse Gewerbewidmungen in Wohnwidmungen geändert werden. Beispiel: Areale, die für Großbetriebe zu klein, für kleinere Unternehmen zu teuer, aber für den Wohnbau geeignet sind. | X | | War beim Anlassfall LIDL Sterneckstraße eine unserer ersten Forderungen! |
| 6. | In Salzburg gibt es viel leerstehenden sowie zweckentfremdeten Wohnraum. Unterstützen Sie Maßnahmen, um leer stehende Wohnungen zu mobilisieren bzw. den Missbrauch zu verhindern, bevor auf weitere Bauland-Reserven zugegriffen wird? Das Maßnahmenbündel reicht von Wohnungsvergabe/-verkauf nur mit vertraglich festgelegtem Hauptwohnsitz, über Leerstandsabgaben / Infrastrukturbeiträge, die rigorose Überprüfung/Ahndung von AirBnB-Mißbrauch bis hin zur Forderung nach einer bundesweiten Mietrechtsreform. | X | | Die Salzburg AG weiß heute schon, welche Zähler Leerstand „anzeigen“ Wieso nutzen wir diese Daten nicht? |
| 7. | Befürworten Sie im Falle des Gneiser Bauvorhabens, dass auf Basis einer öffentlich zugänglichen / zu diskutierenden Bedarfsanalyse die in Gneis notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen (Krabbelstuben, Kindergarten) seitens der Stadt VOR Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen verbindlich beschlossen werden? | X | | Die gegebene Infrastruktur muss eine Neuplanung begrenzen, solange sie nicht angepasst ist. |
| 8. | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Einrichtungen praxisgerechte Öffnungszeiten haben (siehe z.B. die neue 12-Stunden-Arbeitszeit-Regelung)? | X | | Da geht es um etwas, was nicht nur auf Bezirksebene gelöst werden muss. |
| 9. | Unterstützen Sie, dass in Gneis seitens der Stadt VOR Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen ein Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Volksschule gefasst wird, falls eine tragfähige und zukunftsorientierte Lösung mit der Morzger Volksschule nicht möglich ist (Gneis ist ein wachsender Stadtteil)? | X | | Bitte die Morzger VS nicht demolieren! Bildungscampus Gnigl lässt grüßen – Daher Erhaltungsgebote beachten!!! |
| 10. | Befürworten Sie, dass die städtebaulichen Rahmenbedingungen erst nach einer Einigung aller Beteiligten (Politik, Stadtplanung, Bauträger, Bürgervertreter*innen- und -initiativen) über das städtebauliche Gesamtkonzept festgelegt werden? | X | | Selbstverständlich! |
| 11. | Werden Sie sich für eine dem Stadtteil und der Umgebung entsprechende Bebauungsdichte und Bebauungshöhe einsetzen? | X | | Selbstverständlich! Gneis braucht kein Beton-Spargelfeld! |
| 12. | Unterstützen Sie eine kleingliedrige, abwechslungsreiche Architektur, die dem Charakter des umgebenden Stadtteils entspricht? | X | | Ohne einfügsame Architektur entstehen gesichtslose Beton-Monster im Schachtel-Stil. |
| 13. | Werden Sie sich für eine ökologisch vertretbare Bauweise und entsprechende Baumaterialien einsetzen (z.B. Holzbau, natürliche Dämmstoffe usw.) und sich gegen den heute üblichen Verbau von Sondermüll einsetzen? | X | | Selbstverständlich! Übrigens gibt es auch bei Flachdächern jede Menge Sondermüll. Daher auch Dachformen variieren!!! |
| 14. | Werden Sie die verbindliche Mitbestimmung engagierter Gneiser Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe mit Politik und Bauträger mittragen und sich konsequent dafür einsetzen? | X | | Voraussetzung ist, dass sich die Bürger für Gneis auch mit den Bürgern für Salzburg regelmäßig abstimmen! |
| 15. | Unterstützen Sie den Vorschlag, dass verkehrstechnische Maßnahmen ergriffen werden, um die gesamte Verkehrssituation (ruhend wie fließend) im Bereich Dossenweg, Berchtesgadner Straße, Sternhofweg, bis hin zur Kreuzung Morzger Straße zu „entschärfen“? | X | | Zielkonflikt: Ausbauen bei gleichzeitiger Entschärfung. Daher weniger stark ausbauen!!! Keine zweite Riedenburg!!! |
| 16. | Werden Sie sich für, dem Bauprojekt entsprechend ausreichende, Parkplatz-Lösungen auf der Liegenschaft des Projektes einsetzen, um künftiges „Wildparken“ (Anwohner, Besucher) zu verhindern? | X | | Ausreichend? 0,8 Parkplätze pro WE ist ohne bessere Öffi-Anbindung zu wenig! 1,4 – 2,0 wäre in dieser Lage anzudenken. |

| 2018_Parteienumfrage_BfG | | NEOS | | |
|--------------------------|--|------|---|---|
| Nr | Fragen der Bürger für Gneis an die Stadtpolitik | J | N | Anmerkungen |
| 1. | Befürworten Sie, dass bei größeren Bauvorhaben generell vor einer wie immer gearteten Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen eine öffentliche, allgemeine städtebauliche Analyse erfolgt und daraus resultierende Maßnahmen (z.B. Infrastruktur) vor Festlegung der den Bauplatz betreffenden Rahmenbedingungen verbindlich beschlossen werden? | X | | Die Analyse ist natürlich zu begrüßen, ein verbindlicher Beschluss z.B. der Infrastruktur VOR Festlegung der Rahmenbedingungen könnte aber zu einer Verzögerung bei Projekten führen. NEOS befürwortet einen verbindlichen Beschluss aber ab einer bestimmten Bauplatzgröße (z.B. 35.000 Quadratmeter wie beim Projekt Riedenburg) . |
| 2. | Unterstützen Sie unseren Vorschlag, dass für alle größeren "Baulandreserven" der Stadt in einem offenen Bürgerinnen-Beteiligungsprozess im jeweiligen Stadtteil ein städtebauliches Gesamtkonzept erarbeitet werden soll? | X | | NEOS ist eine Bürgerbewegung und unterstützt immer einen Beteiligungsprozess. Die Bürgerinnen sind die Experten vor ort- sie wissen am besten was in ihrem Stadtteil benötigt wird. Es sind auch Stadtplaner und Architekten miteinzubeziehen. |
| 3. | Befürworten Sie, dass erst nach Vorlage eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes daraus resultierende städtebauliche Rahmenbedingungen wie z.B. GFZ, Anzahl der Geschoße, Traufenhöhe etc. ebenfalls in einem offenen Verfahren festgelegt werden dürfen? | X | | Um Stückwerk zu vermeiden, macht es Sinn, ein offenes Verfahren nach Vorlage des städtebaulichen Gesamtkonzeptes durchzuführen. |
| 4. | Befürworten Sie, dass vor weiteren Baumaßnahmen in Baulandreserven der tatsächliche Wohnungsbedarf (qualitativ und quantitativ) nachvollziehbar erhoben wird und die Resultate öffentlich zugänglich gemacht werden. Die aktuell bekannten Parameter sind überarbeitungswürdig. | X | | Wir stimmen Ihnen zu, dass die Parameter überarbeitungswürdig sind, da sie keine Aussage über den tatsächlichen Wohnungsbedarf geben. |
| 5. | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die offensichtliche Verschwendung von Bauland beendet wird (Stichwort Diskonter-Flachbauten mit riesigen oberirdischen Parkplätzen) bzw. dass nach entsprechender Analyse Gewerbewidmungen in Wohnwidmungen geändert werden. Beispiel: Areale, die für Großbetriebe zu klein, für kleinere Unternehmen zu teuer, aber für den Wohnbau geeignet sind. | X | | Die Überbauung von Supermärkten oder auch Eisenbahngleisen ist eine langjährige NEOS Forderung. Bereits im Gemeinderatswahlkampf 2014 forderten wir dies. |
| 6. | In Salzburg gibt es viel leerstehenden sowie zweckentfremdeten Wohnraum. Unterstützen Sie Maßnahmen, um leer stehende Wohnungen zu mobilisieren bzw. den Missbrauch zu verhindern, bevor auf weitere Bauland-Reserven zugegriffen wird? Das Maßnahmenbündel reicht von Wohnungsvergabe/-verkauf nur mit vertraglich festgelegtem Hauptwohnsitz, über Leerstandsabgaben / Infrastrukturbeiträge, die rigorose Überprüfung/Ahndung von AirBnB-Mißbrauch bis hin zur Forderung nach einer bundesweiten Mietrechtsreform. | X | | Wir unterstützen natürlich Maßnahmen um leerstehende Wohnungen auf den Markt zu bringen. Hier braucht es keine Alleingänge der Stadt – Sichtwort Miet:Garantie – wo nur sinnlos Steuergeld verschwendet wird. Sondern es muss mit den Wohnungseigentümern in einen Dialog getreten werden. Ansprechpartner ist für uns hier der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund. Allerdings zwei Anmerkungen: 1.) Die Maßnahmen müssen über Anreize funktionieren und nicht über strafen wie Leerstandsabgaben, etc. 2.) ein gewisser Prozentsatz von Leerständen – international sind 2 - 4% üblich – ist wichtig für einen gut funktionierenden Markt. |
| 7. | Befürworten Sie im Falle des Gneiser Bauvorhabens, dass auf Basis einer öffentlich zugänglichen / zu diskutierenden Bedarfsanalyse die in Gneis notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen (Krabbelstuben, Kindergarten) seitens der Stadt VOR Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen verbindlich beschlossen werden? | X | | Dies ist Hand in Hand mit den städtebaulichen Rahmenbedingungen zu beschließen. Die Politik muss eine Bedarfsanalyse vorlegen. |
| 8. | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Einrichtungen praxisgerechte Öffnungszeiten haben (siehe z.B. die neue 12-Stunden-Arbeitszeit-Regelung)? | X | | Wenn es städtische Einrichtungen sind, werden wir NEOS selbstverständlich auf zeigemäße Öffnungszeiten Wert legen, die sich an einer Bedarfsanalyse orientieren. |
| 9. | Unterstützen Sie, dass in Gneis seitens der Stadt VOR Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen ein Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Volksschule gefasst wird, falls eine tragfähige und zukunftsorientierte Lösung mit der Morzger Volksschule nicht möglich ist (Gneis ist ein wachsender Stadtteil)? | X | | Auch die Einrichtung einer Schullösung ist im städtebaulichen Gesamtkonzept zu berücksichtigen. |
| 10. | Befürworten Sie, dass die städtebaulichen Rahmenbedingungen erst nach einer Einigung aller Beteiligten (Politik, Stadtplanung, Bauträger, Bürgervertreter*innen- und -initiativen) über das städtebauliche Gesamtkonzept festgelegt werden? | | | Das städtebauliche Gesamtkonzept festzulegen ist Sache der Stadtplanung und der Politik, selbstverständlich unter Einbindung der Bürger. |
| 11. | Werden Sie sich für eine dem Stadtteil und der Umgebung entsprechende Bebauungsdichte und Bebauungshöhe einsetzen? | X | | Ja, Wohnsilos passen nicht in die gewachsene Bebauung von Gneis. |
| 12. | Unterstützen Sie eine kleingliedrige, abwechslungsreiche Architektur, die dem Charakter des umgebenden Stadtteils entspricht? | X | | Ja, hierfür ist der Architektenwettbewerb das entsprechende Instrument. |
| 13. | Werden Sie sich für eine ökologisch vertretbare Bauweise und entsprechende Baumaterialien einsetzen (z.B. Holzbau, natürliche Dämmstoffe usw.) und sich gegen den heute üblichen Verbau von Sondermüll einsetzen? | X | | Ja, aber hierfür ist der Architektenwettbewerb das entsprechende Instrument. |
| 14. | Werden Sie die verbindliche Mitbestimmung engagierter Gneiser Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe mit Politik und Bauträger mittragen und sich konsequent dafür einsetzen? | X | | Selbstverständlich. Deshalb unterstützen wir auch das Salzburger Modell der Direkten Demokratie. |
| 15. | Unterstützen Sie den Vorschlag, dass verkehrstechnische Maßnahmen ergriffen werden, um die gesamte Verkehrssituation (ruhend wie fließend) im Bereich Dossenweg, Berchtesgadner Straße, Sternhofweg, bis hin zur Kreuzung Morzger Straße zu "entschärfen"? | X | | Selbstverständlich sind solche verkehrstechnischen Maßnahmen zu begrüßen. Bei ihrer Planung und Ausarbeitung muss jedoch von Beginn an auf ihre Kosten und Folgekosten geachtet werden. Wenn die Planungen die Kosten erst im Nachhinein in den Blick nehmen, besteht die Gefahr, dass sie aus finanziellen Gründen nicht umsetzbar sind, was wiederum zu Verärgerung der Beteiligten führt. Daher ist eine von Beginn an gemeinsame und auf die Kosten bedachte Planung notwendig. |
| 16. | Werden Sie sich für, dem Bauprojekt entsprechend ausreichende, Parkplatz-Lösungen auf der Liegenschaft des Projektes einsetzen, um künftiges "Wildparken" (Anwohner, Besucher) zu verhindern? | X | | Ja, ausreichend Parkraum ist ein zentrales NEOS Anliegen bei diesem Bauprojekt. |

| 2018_Parteienumfrage_BfG | | FPÖ | | |
|--------------------------|--|-----|---|---|
| Nr | Fragen der Bürger für Gneis an die Stadtpolitik | J | N | Anmerkungen |
| 1. | Befürworten Sie, dass bei größeren Bauvorhaben generell vor einer wie immer gearteten Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen eine öffentliche, allgemeine städtebauliche Analyse erfolgt und daraus resultierende Maßnahmen (z.B. Infrastruktur) vor Festlegung der den Bauplatz betreffenden Rahmenbedingungen verbindlich beschlossen werden? | X | | Es ist uns wichtig, dass die Anrainer und Bürger über die Pläne informiert werden. Es sind jedenfalls Bürgerversammlungen abzuhalten. |
| 2. | Unterstützen Sie unseren Vorschlag, dass für alle größeren "Baulandreserven" der Stadt in einem offenen Bürgerinnen-Beteiligungsprozess im jeweiligen Stadtteil ein städtebauliches Gesamtkonzept erarbeitet werden soll? | X | | Nur ein mit einem mit Bürgern erarbeitetes städtebauliches Gesamtkonzept, ein klarer und ein seitens der Politik und der Verwaltung definierter, verbindlicher Rahmen, kann dazu beitragen die Lebens- und Wohnqualität in einem Stadtteil zu verbessern. |
| 3. | Befürworten Sie, dass erst nach Vorlage eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes daraus resultierende städtebauliche Rahmenbedingungen wie z.B. GFZ, Anzahl der Geschoße, Traufenhöhe etc. ebenfalls in einem offenen Verfahren festgelegt werden dürfen? | X | | |
| 4. | Befürworten Sie, dass vor weiteren Baumaßnahmen in Baulandreserven der tatsächliche Wohnungsbedarf (qualitativ und quantitativ) nachvollziehbar erhoben wird und die Resultate öffentlich zugänglich gemacht werden. Die aktuell bekannten Parameter sind überarbeitungswürdig. | X | | Eine Stadt muss sich bewegen und weiterentwickeln können. Derzeit diskutiert der Gemeinderat über neue Vergaberichtlinien von städtischen Wohnungen. Diese wurden seit 1995 nicht mehr angepasst. Die Stadtregierung hat hier viel verschlafen. Auch der Wohnbedarf hat sich in den letzten Jahren gewandelt, auch hier sind hinsichtlich der Parameter Aktualisierungen durchzuführen. |
| 5. | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die offensichtliche Verschwendung von Bauland beendet wird (Stichwort Diskonter-Flachbauten mit riesigen oberirdischen Parkplätzen) bzw. dass nach entsprechender Analyse Gewerbewidmungen in Wohnwidmungen geändert werden. Beispiel: Areale, die für Großbetriebe zu klein, für kleinere Unternehmen zu teuer, aber für den Wohnbau geeignet sind. | X | | Es ist zu untersuchen und geförderten Wohnbau zu ermöglichen, wo es bereits Objekte gibt, der vorhandene Platz aber nicht optimal genutzt ist. Das gilt vor allem für frei stehende Supermärkte, die nach Ansicht von gemeinnützigen Wohnbauträgern relativ einfach zu überbauen sind. Einen diesbezüglichen Antrag hat die FPÖ bereits im März 2017 eingebracht. |
| 6. | In Salzburg gibt es viel leerstehenden sowie zweckentfremdeten Wohnraum. Unterstützen Sie Maßnahmen, um leer stehende Wohnungen zu mobilisieren bzw. den Missbrauch zu verhindern, bevor auf weitere Bauland-Reserven zugegriffen wird? Das Maßnahmenbündel reicht von Wohnungsvergabe/-verkauf nur mit vertraglich festgelegtem Hauptwohnsitz, über Leerstandsabgaben / Infrastrukturbeiträge, die rigorose Überprüfung/Ahndung von AirBnB-Mißbrauch bis hin zur Forderung nach einer bundesweiten Mietrechtsreform. | | | Es gibt bereits entsprechende gesetzliche Maßnahmen, um den Leerstand bzw. Missbrauch zu unterbinden. Dieser muss jedoch besser kontrolliert werden. Die FPÖ spricht sich gegen eine Leerstandsabgabe aus. |
| 7. | Befürworten Sie im Falle des Gneiser Bauvorhabens, dass auf Basis einer öffentlich zugänglichen / zu diskutierenden Bedarfsanalyse die in Gneis notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen (Krabbelstuben, Kindergarten) seitens der Stadt VOR Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen verbindlich beschlossen werden? | X | | Wir begrüßen eine Bedarfsanalyse von Kinderbetreuungseinrichtungen nicht nur im Fall des Gneiser Bauvorhabens. Bei allen größeren Bauvorhaben sind jedenfalls derartige Analysen durchzuführen. |
| 8. | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Einrichtungen praxisgerechte Öffnungszeiten haben (siehe z.B. die neue 12-Stunden-Arbeitszeit-Regelung)? | X | | |
| 9. | Unterstützen Sie, dass in Gneis seitens der Stadt VOR Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen ein Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Volksschule gefasst wird, falls eine tragfähige und zukunftsorientierte Lösung mit der Morzger Volksschule nicht möglich ist (Gneis ist ein wachsender Stadtteil)? | X | | Es steht für uns außer Frage, dass eine Lösung hinsichtlich der Schul- und Betreuungseinrichtungen gefunden werden muss. Hier steht Vizebürgermeister Aunger in der Pflicht, die notwendigen Zahlen zu liefern und die Kosten zu budgetieren, damit eine Planung und Umsetzung ermöglicht werden kann. |
| 10. | Befürworten Sie, dass die städtebaulichen Rahmenbedingungen erst nach einer Einigung aller Beteiligten (Politik, Stadtplanung, Bauträger, Bürgervertreter*innen- und -initiativen) über das städtebauliche Gesamtkonzept festgelegt werden? | X | | Bei sorgsamer Einbindung aller Beteiligten und offenen Diskussionen werden mit Sicherheit gute Lösungen entstehen können. Dazu ist es aber unbedingt notwendig, dass die Bürger und die Anrainer ehest in die Verhandlungen und in die Planungen eingebunden werden. Für reine Alibi-Beteiligungen sind wir nicht zu haben. |
| 11. | Werden Sie sich für eine dem Stadtteil und der Umgebung entsprechende Bebauungsdichte und Bebauungshöhe einsetzen? | X | | Die Bebauungsdichte und Bebauungshöhe muss sich an der angrenzenden Bebauung orientieren. |
| 12. | Unterstützen Sie eine kleingliedrige, abwechslungsreiche Architektur, die dem Charakter des umgebenden Stadtteils entspricht? | X | | Die besondere Charakteristik des Stadtteils Gneis ist zu erhalten und zu bewahren. |
| 13. | Werden Sie sich für eine ökologisch vertretbare Bauweise und entsprechende Baumaterialien einsetzen (z.B. Holzbau, natürliche Dämmstoffe usw.) und sich gegen den heute üblichen Verbau von Sondermüll einsetzen? | X | | Mit dem angrenzenden Wald am Dossenweg würde sich eine Holzbauweise sicherlich anbieten. |
| 14. | Werden Sie die verbindliche Mitbestimmung engagierter Gneiser Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe mit Politik und Bauträger mittragen und sich konsequent dafür einsetzen? | X | | Die FPÖ setzt sich traditionell für mehr Bürgerbeteiligung ein. Schade, dass SPÖ und ÖVP das Salzburger Modell für mehr Bürgermitbestimmung versenkt haben. |
| 15. | Unterstützen Sie den Vorschlag, dass verkehrstechnische Maßnahmen ergriffen werden, um die gesamte Verkehrssituation (ruhend wie fließend) im Bereich Dossenweg, Berchtesgadner Straße, Sternhofweg, bis hin zur Kreuzung Morzger Straße zu "entschärfen"? | X | | Bei den städtebaulichen Rahmenbedingungen ist jedenfalls ein taugliches Verkehrskonzept vorzulegen, ohne dieses ist eine Beschlussfassung nicht möglich. |
| 16. | Werden Sie sich für, dem Bauprojekt entsprechend ausreichende, Parkplatz-Lösungen auf der Liegenschaft des Projektes einsetzen, um künftiges "Wildparken" (Anwohner, Besucher) zu verhindern? | X | | Siehe Punkt 16 |

| 2018_Parteienumfrage_BfG | | SPÖ | |
|--------------------------|--|-----|--|
| Nr | Fragen der Bürger für Gneis an die Stadtpolitik | N | Anmerkungen |
| 1. | Befürworten Sie, dass bei größeren Bauvorhaben generell vor einer wie immer gearteten Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen eine öffentliche, allgemeine städtebauliche Analyse erfolgt und daraus resultierende Maßnahmen (z.B. Infrastruktur) vor Festlegung der den Bauplatz betreffenden Rahmenbedingungen verbindlich beschlossen werden? | | Es gibt Teilbereiche, die im Vorhinein beschlossen werden können. Das betrifft jedoch nicht alle städtebaulichen Aspekte. Wir befürworten, dass alle relevanten AkteurInnen eingebunden sind (z.B.: Schulamt, Gewässeramt, öffentlicher Verkehr, Radwegenetz usw). |
| 2. | Unterstützen Sie unseren Vorschlag, dass für alle größeren "Baulandreserven" der Stadt in einem offenen Bürgerinnen-Beteiligungsprozess im jeweiligen Stadtteil ein städtebauliches Gesamtkonzept erarbeitet werden soll? | X | BürgerInnenbeteiligung ist zu begrüßen. Zusätzlich zu den BürgerInnen- Informationsveranstaltungen können in kooperativen Planungsverfahren AnrainerInnen, BürgerInnen und alle anderen relevanten AkteurInnen eingebunden werden. Viele relevante Grundlagen sind im REK zu finden. |
| 3. | Befürworten Sie, dass erst nach Vorlage eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes daraus resultierende städtebauliche Rahmenbedingungen wie z.B. GFZ, Anzahl der Geschoße, Traufenhöhe etc. ebenfalls in einem offenen Verfahren festgelegt werden dürfen? | X | Siehe Frage 2. |
| 4. | Befürworten Sie, dass vor weiteren Baumaßnahmen in Baulandreserven der tatsächliche Wohnungsbedarf (qualitativ und quantitativ) nachvollziehbar erhoben wird und die Resultate öffentlich zugänglich gemacht werden. Die aktuell bekannten Parameter sind überarbeitungswürdig. | X | Das Wohnen in Salzburg ist teuer. Viele Menschen sind auf der Suche nach einer Wohnung. Abhilfe kann geschaffen werden, indem mehr Wohnraum geschaffen wird. |
| 5. | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die offensichtliche Verschwendung von Bauland beendet wird (Stichwort Diskonter-Flachbauten mit riesigen oberirdischen Parkplätzen) bzw. dass nach entsprechender Analyse Gewerbewidmungen in Wohnwidmungen geändert werden. Beispiel: Areale, die für Großbetriebe zu klein, für kleinere Unternehmen zu teuer, aber für den Wohnbau geeignet sind. | X | |
| 6. | In Salzburg gibt es viel leerstehenden sowie zweckentfremdeten Wohnraum. Unterstützen Sie Maßnahmen, um leer stehende Wohnungen zu mobilisieren bzw. den Missbrauch zu verhindern, bevor auf weitere Bauland-Reserven zugegriffen wird? Das Maßnahmenbündel reicht von Wohnungsvergabe/-verkauf nur mit vertraglich festgelegtem Hauptwohnsitz, über Leerstandsabgaben / Infrastrukturbeiträge, die rigorose Überprüfung/Ahndung von AirBnB-Mißbrauch bis hin zur Forderung nach einer bundesweiten Mietrechtsreform. | X | Bürgermeister Stellvertreterin Anja Hagenauer hat im Herbst neue Wohnungsvergaberichtlinien vorgelegt. Diese zielen darauf ab, die Vergabe zeitgerecht und modern zu gestalten und die Treffsicherheit zu erhöhen. Zurzeit werden diese von den anderen Fraktionen blockiert. Der AirBnB-Missbrauch ist zu bekämpfen. Neben den Vorgeschlagenen sind weitere Maßnahmen wie die Mobilisierung von Bauland zu ergreifen. |
| 7. | Befürworten Sie im Falle des Gneiser Bauvorhabens, dass auf Basis einer öffentlich zugänglichen / zu diskutierenden Bedarfsanalyse die in Gneis notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen (Krabbelstuben, Kindergarten) seitens der Stadt VOR Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen verbindlich beschlossen werden? | | Derzeit werden mit vielen AkteurInnen die unterschiedlichen Möglichkeiten für Krabbelstuben und Kindergarten analysiert. Diese Überlegungen fließen auch in das städtische Bildungsbauprogramm ein. |
| 8. | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Einrichtungen praxisingerechte Öffnungszeiten haben (siehe z.B. die neue 12-Stunden-Arbeitszeit-Regelung)? | X | Praxisingerechte bzw. elterngerechte Öffnungszeiten sind absolut zu befürworten. |
| 9. | Unterstützen Sie, dass in Gneis seitens der Stadt VOR Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen ein Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Volksschule gefasst wird, falls eine tragfähige und zukunftsorientierte Lösung mit der Morzger Volksschule nicht möglich ist (Gneis ist ein wachsender Stadtteil)? | | Derzeit werden unterschiedliche Standortvarianten in engem Austausch mit den wesentlichen Beteiligten geprüft. Diese Überlegungen fließen auch in das städtische Bildungsbauprogramm ein. |
| 10. | Befürworten Sie, dass die städtebaulichen Rahmenbedingungen erst nach einer Einigung aller Beteiligten (Politik, Stadtplanung, Bauträger, Bürgervertreter*innen- und -initiativen) über das städtebauliche Gesamtkonzept festgelegt werden? | | Die Grundlage von Planungsprozessen ist der Dialog. Durch gemeinsame Kompromissfindungen werden Lösungen ausgearbeitet. |
| 11. | Werden Sie sich für eine dem Stadtteil und der Umgebung entsprechende Bebauungsdichte und Bebauungshöhe einsetzen? | X | Eine dem Stadtteil und seiner Umgebung entsprechende Bebauungsdichte und Bebauungshöhe ist zu befürworten. |
| 12. | Unterstützen Sie eine kleingliedrige, abwechslungsreiche Architektur, die dem Charakter des umgebenden Stadtteils entspricht? | X | Eine der Umgebung und dem Stadtteil angepasste Architektur ist gewünscht. |
| 13. | Werden Sie sich für eine ökologisch vertretbare Bauweise und entsprechende Baumaterialien einsetzen (z.B. Holzbau, natürliche Dämmstoffe usw.) und sich gegen den heute üblichen Verbau von Sondermüll einsetzen? | X | |
| 14. | Werden Sie die verbindliche Mitbestimmung engagierter Gneiser Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe mit Politik und Bauträger mittragen und sich konsequent dafür einsetzen? | | Der konstruktive Dialog mit Gneiser BürgerInnen ist sehr wichtig. Der Austausch im gemeinsamen Dialog sollen Lösungen gefunden werden. Dieses Bedürfnis muss berücksichtigt werden. |
| 15. | Unterstützen Sie den Vorschlag, dass verkehrstechnische Maßnahmen ergriffen werden, um die gesamte Verkehrssituation (ruhend wie fließend) im Bereich Dossenweg, Berchtesgadner Straße, Sternhofweg, bis hin zur Kreuzung Morzger Straße zu "entschärfen"? | X | |
| 16. | Werden Sie sich für, dem Bauprojekt entsprechend ausreichende, Parkplatz-Lösungen auf der Liegenschaft des Projektes einsetzen, um künftiges "Wildparken" (Anwohner, Besucher) zu verhindern? | X | |

| 2018_Parteienumfrage_BfG | | Bürgerliste | | |
|--------------------------|---|-------------|---|--|
| Nr | Fragen der Bürger für Gneis an die Stadtpolitik | J | N | Anmerkungen |
| 1. | Befürworten Sie, dass bei größeren Bauvorhaben generell vor einer wie immer gearteten Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen eine öffentliche, allgemeine städtebauliche Analyse erfolgt und daraus resultierende Maßnahmen (z.B. Infrastruktur) vor Festlegung der den Bauplatz betreffenden Rahmenbedingungen verbindlich beschlossen werden? | X | | |
| 2. | Unterstützen Sie unseren Vorschlag, dass für alle größeren "Baulandreserven" der Stadt in einem offenen Bürgerinnen-Beteiligungsprozess im jeweiligen Stadtteil ein städtebauliches Gesamtkonzept erarbeitet werden soll? | X | | |
| 3. | Befürworten Sie, dass erst nach Vorlage eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes daraus resultierende städtebauliche Rahmenbedingungen wie z.B. GFZ, Anzahl der Geschoße, Traufenhöhe etc. ebenfalls in einem offenen Verfahren festgelegt werden dürfen? | X | | Dabei müssen aber auch gesamtstädtisch betrachtete Rahmenbedingungen, wie Erhalt der Grünlanddeklaration und daraus resultierend sparsamer Umgang mit den verbleibenden Baulandreserven berücksichtigt werden. |
| 4. | Befürworten Sie, dass vor weiteren Baumaßnahmen in Baulandreserven der tatsächliche Wohnungsbedarf (qualitativ und quantitativ) nachvollziehbar erhoben wird und die Resultate öffentlich zugänglich gemacht werden. Die aktuell bekannten Parameter sind überarbeitungswürdig. | X | | Allerdings ist der Bedarf in erheblichem Umfang nach unseren Informationen tatsächlich gegeben |
| 5. | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die offensichtliche Verschwendung von Bauland beendet wird (Stichwort Diskonter-Flachbauten mit riesigen oberirdischen Parkplätzen) bzw. dass nach entsprechender Analyse Gewerbewidmungen in Wohnwidmungen geändert werden. Beispiel: Areale, die für Großbetriebe zu klein, für kleinere Unternehmen zu teuer, aber für den Wohnbau geeignet sind. | X | | |
| 6. | In Salzburg gibt es viel leerstehenden sowie zweckentfremdeten Wohnraum. Unterstützen Sie Maßnahmen, um leer stehende Wohnungen zu mobilisieren bzw. den Missbrauch zu verhindern, bevor auf weitere Bauland-Reserven zugegriffen wird? Das Maßnahmenbündel reicht von Wohnungsvergabe/-verkauf nur mit vertraglich festgelegtem Hauptwohnsitz, über Leerstandsabgaben / Infrastrukturbeiträge, die rigorose Überprüfung/Ahndung von AirBnB-Mißbrauch bis hin zur Forderung nach einer bundesweiten Mietrechtsreform. | X | | |
| 7. | Befürworten Sie im Falle des Gneiser Bauvorhabens, dass auf Basis einer öffentlich zugänglichen / zu diskutierenden Bedarfsanalyse die in Gneis notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen (Krabbelstuben, Kindergarten) seitens der Stadt VOR Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen verbindlich beschlossen werden? | X | | |
| 8. | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Einrichtungen praxisgerechte Öffnungszeiten haben (siehe z.B. die neue 12-Stunden-Arbeitszeit-Regelung)? | X | | |
| 9. | Unterstützen Sie, dass in Gneis seitens der Stadt VOR Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen ein Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Volksschule gefasst wird, falls eine tragfähige und zukunftsorientierte Lösung mit der Morzger Volksschule nicht möglich ist (Gneis ist ein wachsender Stadtteil)? | X | | |
| 10. | Befürworten Sie, dass die städtebaulichen Rahmenbedingungen erst nach einer Einigung aller Beteiligten (Politik, Stadtplanung, Bauträger, Bürgervertreter*innen- und -initiativen) über das städtebauliche Gesamtkonzept festgelegt werden? | X | | Darf aber zu keiner Blockade durch einzelne führen. |
| 11. | Werden Sie sich für eine dem Stadtteil und der Umgebung entsprechende Bebauungsdichte und Bebauungshöhe einsetzen? | X | | Unter Beachtung der bereits unter Punkt 3 angeführten Parameter |
| 12. | Unterstützen Sie eine kleingliedrige, abwechslungsreiche Architektur, die dem Charakter des umgebenden Stadtteils entspricht? | X | | Im Sinne einer proportionalen Verträglichkeit, nicht einer „Kopie“ des bestehenden Ortsbildes |
| 13. | Werden Sie sich für eine ökologisch vertretbare Bauweise und entsprechende Baumaterialien einsetzen (z.B. Holzbau, natürliche Dämmstoffe usw.) und sich gegen den heute üblichen Verbau von Sondermüll einsetzen? | X | | |
| 14. | Werden Sie die verbindliche Mitbestimmung engagierter Gneiser Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe mit Politik und Bauträger mittragen und sich konsequent dafür einsetzen? | X | | |
| 15. | Unterstützen Sie den Vorschlag, dass verkehrstechnische Maßnahmen ergriffen werden, um die gesamte Verkehrssituation (ruhend wie fließend) im Bereich Dossenweg, Berchtesgadner Straße, Sternhofweg, bis hin zur Kreuzung Morzger Straße zu "entschärfen"? | X | | |
| 16. | Werden Sie sich für, dem Bauprojekt entsprechend ausreichende, Parkplatz-Lösungen auf der Liegenschaft des Projektes einsetzen, um künftiges "Wildparken" (Anwohner, Besucher) zu verhindern? | X | | Unter Einbeziehung eines entsprechenden Mobilitätskonzeptes, das die Inanspruchnahme des Umweltverbundes fördert. |

| 2018_Parteiumfrage_BfG | | ÖVP | |
|------------------------|--|-----|---|
| Nr | Fragen der Bürger für Gneis an die Stadtpolitik | J | N |
| 1. | Befürworten Sie, dass bei größeren Bauvorhaben generell vor einer wie immer gearteten Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen eine öffentliche, allgemeine städtebauliche Analyse erfolgt und daraus resultierende Maßnahmen (z.B. Infrastruktur) vor Festlegung der den Bauplatz betreffenden Rahmenbedingungen verbindlich beschlossen werden? | | Die ÖVP befürwortet, dass städtebauliche Analysen generell bei größeren Bauvorhaben durchgeführt werden. Im Zuge der Beschlussfassung der städtebaulichen Rahmenbedingungen müssen notwendige Infrastrukturen, die durch den Projektwerber oder die Stadt errichtet werden sollen, konkret angeführt werden. Die konkrete Umsetzung ist in den nachgelagerten Verfahren (Raumordnungs-vertrag, Bebauungsplan, Bauverfahren) sicherzustellen. |
| 2. | Unterstützen Sie unseren Vorschlag, dass für alle größeren "Baulandreserven" der Stadt in einem offenen Bürgerinnen-Beteiligungsprozess im jeweiligen Stadtteil ein städtebauliches Gesamtkonzept erarbeitet werden soll? | | Bei allen größeren Baulandreserven sollte generell aus Sicht der ÖVP ein zweistufiges Verfahren durchgeführt werden. Das heißt: bevor ein Architekturwettbewerb in Auftrag gegeben wird, sollen die Bürgerinnen und Bürger in einem ersten Schritt bei der Erstellung des städtebaulichen Gesamtkonzeptes eingebunden werden. |
| 3. | Befürworten Sie, dass erst nach Vorlage eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes daraus resultierende städtebauliche Rahmenbedingungen wie z.B. GFZ, Anzahl der Geschosse, Traufenhöhe etc. ebenfalls in einem offenen Verfahren festgelegt werden dürfen? | | In dem erarbeiteten städtebaulichen Gesamtkonzept sollen alle wesentlichen Bebauungsgrundlagen (Baudichte, Bauhöhe, Körnung, etc.) festgelegt werden. Die städtebaulichen Rahmenbedingungen sollen aus Sicht der ÖVP im Planungsausschuss in einer öffentlichen Sitzung beschlossen werden, damit im Zuge des nachgelagerten Architektur-verfahrens nicht einseitig davon abgegangen werden kann. |
| 4. | Befürworten Sie, dass vor weiteren Baumaßnahmen in Baulandreserven der tatsächliche Wohnungsbedarf (qualitativ und quantitativ) nachvollziehbar erhoben wird und die Resultate öffentlich zugänglich gemacht werden. Die aktuell bekannten Parameter sind überarbeitungswürdig. | | Die Feststellung des tatsächlichen Wohnbedarfs wird derzeit im Wesentlichen über die Vormerkungen beim Wohnungsamt argumentiert. Diese einseitige Betrachtung lässt keine Schlüsse auf den tatsächlichen Wohnbedarf zu. Aus diesem Grund plant das Land die Einführung einer Wohnbaudatenbank durch die Zusammenführung aller bestehenden Daten von Kommunen, Land und Statistik, um eine bessere Planung zu ermöglichen. |
| 5. | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die offensichtliche Verschwendung von Bauland beendet wird (Stichwort Diskonter-Flachbauten mit riesigen oberirdischen Parkplätzen) bzw. dass nach entsprechender Analyse Gewerbewidmungen in Wohnwidmungen geändert werden. Beispiel: Areale, die für Großbetriebe zu klein, für kleinere Unternehmen zu teuer, aber für den Wohnbau geeignet sind. | | Die ÖVP war die einzige Fraktion, die in den letzten Jahren wiederholt gegen flächenfressende Verbrauchermärkte gestimmt hat (gegen Kennzeichnungen im Flächenwidmungsplan). Eine generelle Umwidmung in Wohnnutzungen ist aufgrund mangelnder Standortqualität (Straßenlärm, benachbarte Betriebe, Beschattung) in den meisten Fällen nicht möglich. Im Einzelfall ist eine Mischnutzung von Wohnen und Arbeiten an diesen Standorten zu prüfen. |
| 6. | In Salzburg gibt es viel leerstehenden sowie zweckentfremdeten Wohnraum. Unterstützen Sie Maßnahmen, um leer stehende Wohnungen zu mobilisieren bzw. den Missbrauch zu verhindern, bevor auf weitere Bauland-Reserven zugegriffen wird? Das Maßnahmenbündel reicht von Wohnungsvergabe/-verkauf nur mit vertraglich festgelegtem Hauptwohnsitz, über Leerstandsabgaben / Infrastrukturbeiträge, die rigorose Überprüfung/Ahndung von AirBnB-Mißbrauch bis hin zur Forderung nach einer bundesweiten Mietrechtsreform. | | Bei diesen Themen spielen zahlreiche rechtliche Bestimmungen (verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie, Mietrechtsgesetz, Bau- und Raumordnungsrecht, etc.) herein, sodass es keine Patentlösung gibt. Die ÖVP hat im Rahmen der ROG-Novelle die touristische Nutzung von Wohnungen verschärft. Nun geht es darum, den Vollzug dieser Bestimmungen durch Begleitgesetze sicherzustellen. Das Wienlastige Mietrechtsgesetz sorgt dafür, dass Vermieter immer öfter an einer Vermietung kein Interesse haben. Gerade in Zeiten, in denen durch die allgemeine Wertsteigerung der Immobilie ein höherer Ertrag erzielt wird als am gewöhnlichen Sparbuch, würden zusätzliche Steuern keinerlei Lenkungseffekt auslösen. |
| 7. | Befürworten Sie im Falle des Gneiser Bauvorhabens, dass auf Basis einer öffentlich zugänglichen / zu diskutierenden Bedarfsanalyse die in Gneis notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen (Krabbelstuben, Kindergarten) seitens der Stadt VOR Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen verbindlich beschlossen werden? | | Unabhängig vom geplanten Bauvorhaben ist die Frage der Kinderbetreuung in Gneis zu lösen. Die Versorgung ist schon jetzt im Vergleich zu anderen Stadtteilen nicht ausreichend, sodass Eltern ihre Kinder in benachbarte Stadtteile bringen müssen. Für die soziale Infrastruktur gilt das in Punkt 1. gesagte. |
| 8. | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Einrichtungen praxisgerechte Öffnungszeiten haben (siehe z.B. die neue 12-Stunden-Arbeitszeit-Regelung)? | | Die Öffnungszeiten haben sich nach dem Bedarf der Eltern zu richten. |
| 9. | Unterstützen Sie, dass in Gneis seitens der Stadt VOR Festlegung der städtebaulichen Rahmenbedingungen ein Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Volksschule gefasst wird, falls eine tragfähige und zukunftsorientierte Lösung mit der Morzger Volksschule nicht möglich ist (Gneis ist ein wachsender Stadtteil)? | | Die Morzger Volksschule ist bereits derzeit am Limit, sodass Schülerinnen und Schüler abgewiesen werden müssen. Es ist politisch unrealistisch, kurzfristig eine eigene Volksschule zu realisieren. Daher muss sich das Bauvorhaben der bestehenden schulischen Infrastruktur unterordnen (das heißt etappenweise Realisierung im Sinne der 30-Jahre-Bauland-reserve). |
| 10. | Befürworten Sie, dass die städtebaulichen Rahmenbedingungen erst nach einer Einigung aller Beteiligten (Politik, Stadtplanung, Bauträger, Bürgervertreter*innen- und -initiativen) über das städtebauliche Gesamtkonzept festgelegt werden? | | Die ÖVP unterstützt einen kooperativen Planungsprozess mit dem Ziel einer konsensualen Lösung, die danach in einen Beschluss der städtebaulichen Rahmenbedingungen mündet. |
| 11. | Werden Sie sich für eine dem Stadtteil und der Umgebung entsprechende Bebauungsdichte und Bebauungshöhe einsetzen? | | Der Stadtteil Gneis hat eine kleinstrukturierte, gewachsene Bebauung, die auf dem zur Diskussion stehenden Areal fortzuschreiben ist. Dies bedeutet, dass keinesfalls großvolumige Baukörper umgesetzt werden dürfen (negatives Beispiel Riedenburg). Eine Neubebauung soll sich an den Bestandsdichten orientieren. |
| 12. | Unterstützen Sie eine kleingliedrige, abwechslungsreiche Architektur, die dem Charakter des umgebenden Stadtteils entspricht? | | Aus Sicht der ÖVP sollte das Areal in mehrere Baufelder aufgeteilt werden, um eine abwechslungsreiche Architektur sicherzustellen, die dem Charakter des Stadtteils entspricht (etwa Bauen mit Holz). |
| 13. | Werden Sie sich für eine ökologisch vertretbare Bauweise und entsprechende Baumaterialien einsetzen (z.B. Holzbau, natürliche Dämmstoffe usw.) und sich gegen den heute üblichen Verbau von Sondermüll einsetzen? | | Das Land plant in der aktuellen Novelle der Wohnbauförderung, ökologische Baustoffe im Förderregime zu bevorzugen. Das geplante Bauvorhaben könnte somit Vorreiter sein, auf Styroporfassaden zu verzichten. |
| 14. | Werden Sie die verbindliche Mitbestimmung engagierter Gneiser Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe mit Politik und Bauträger mittragen und sich konsequent dafür einsetzen? | | Die ÖVP hat in den letzten Monaten u.a. durch ihr Engagement die Durchführung eines kooperativen Prozesses eingefordert, um eine echte Bürgerbeteiligung und keine bloße Bürgerinformation sicherzustellen. In diesem Sinne wird die ÖVP auch weiter agieren. |
| 15. | Unterstützen Sie den Vorschlag, dass verkehrstechnische Maßnahmen ergriffen werden, um die gesamte Verkehrssituation (ruhend wie fließend) im Bereich Dossenweg, Berchtesgadner Straße, Sternhofweg, bis hin zur Kreuzung Morzger Straße zu "entschärfen"? | | Entscheidend wird sein, welche Ergebnisse die Verkehrsstudie bringt. Die große Herausforderung ist in der Verkehrspolitik, den reinen Durchzugsverkehr zu reduzieren, ohne die Erreichbarkeit für die Gneiserinnen und Gneiser zu beeinträchtigen. |
| 16. | Werden Sie sich für, dem Bauprojekt entsprechend ausreichende, Parkplatz-Lösungen auf der Liegenschaft des Projektes einsetzen, um künftiges "Wildparken" (Anwohner, Besucher) zu verhindern? | | Die ÖVP hat sich bei allen Projekten in der Stadt für einen realistischen Stellplatzschlüssel ausgesprochen, um den Parksuchverkehr zu reduzieren. Ein reduzierter Stellplatzschlüssel bedeutet nicht – wie immer behauptet wird – weniger Verkehr, sondern ausschließlich eine massive Verparkung der Anrainerstraßen. |